

## KEINE BAHN FÜR ALLE?

**Aktuelles:** Deponie Lohmansheide

**Mitmachen:**  
Microsoft stoppen!



## DEUTSCHLANDTICKET

# 49-Euro-Ticket Adieu

Das Deutschlandticket wird teurer. Wo bleibt die sozial gerechte Mobilitätswende für alle?



MARINA FALKE

Referentin für zukunftsfähige Mobilität

**Die Einführung des 49-Euro-Tickets ist nicht einmal ein Jahr her – und schon wird es teurer. Seit der Verkehrsminister\*innenkonferenz am 23. September ist klar: Um 9 Euro steigt der Preis, sodass das Ticket, die größte verkehrspolitische Errungenschaft der letzten Jahrzehnte, nun 58 Euro kosten soll.**

Was als Symbol für bezahlbare Mobilität gefeiert wurde, wird nun zum Ausschlusskriterium für Menschen mit geringem Einkommen. Der Preisanstieg ist ein Zeichen dafür, dass die Politik den Gestaltungswillen für eine klima- und sozial gerechte Verkehrswende längst verloren hat. Das wollen wir nicht so hinnehmen. Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW kämpfen wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Lösung – denn Mobilität muss für alle bezahlbar bleiben.

### EIN ERFOLGSMODELL MIT STEIGENDEN KOSTEN

Das Deutschlandticket gilt bis heute als ein großer Erfolg: Etwa 13 Millionen Menschen nutzen das Angebot, es bietet eine erschwingliche Alternative zum privaten Pkw, verlagert Verkehr



Tim Dreyer

Kerstin Ciesla, stellvertretende Landesvorsitzende des BUND, und Andrea Büngeler, Vorständin des Paritätischen NRW, übergeben NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer das Positionspapier.

von den Straßen auf die Schiene, entlastet die Umwelt und macht den öffentlichen Nahverkehr attraktiver. Doch der Anstieg des Preises auf 58 Euro bringt das jetzt ins Wanken. Verschiedenen Umfragen zufolge überlegen 10 bis 30 Prozent der aktuellen Abonent\*innen aufgrund der Preissteigerung auf das Ticket zu verzichten. Fatal für die notwendige Mobilitätswende. Hinzu kommt die fehlende Planungssicherheit aufgrund der ständigen Diskussionen und Anpassungen. So wird aktiv der Umstieg vom privaten Pkw auf den ÖPNV erschwert und das Gelingen der Mobilitätswende gefährdet. Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband haben wir im August 2024 ein Positionspapier veröffentlicht, in dem wir die langfristige Finanzierung und Stabilität des Tickets fordern. Für uns ist klar: Mobilität muss für alle erschwinglich bleiben. Eine Erhöhung des Preises, insbesondere ohne Verbesserungen im Angebot des Nahverkehrs, sendet das falsche Signal – gerade in Zeiten, in denen die Menschen angesichts von Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit nach Entlastung suchen.

### SOZIALE GERECHTIGKEIT AUCH IN DER MOBILITÄT

Ein zentrales Anliegen des Positionspapiers ist die soziale Gerechtigkeit. Der neue Preis von 58 Euro ist für viele Menschen eine finanzielle Herausforderung, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen. Für Beziehende von Bürgergeld ist ein monatliches Mobilitätsbudget von 45,02 Euro vorgesehen, was nicht ansatzweise ausreicht, um das Deutschlandticket zu erwerben. Die weitere Preissteigerung ist ein Grund mehr, ein Sozialticket für 29 Euro bundesweit sicherzustellen, damit alle Menschen – unabhängig von ihrem Einkommen – Zugang zu öffentlicher Mobilität haben. Auch für Schüler\*innen und Auszubildende braucht es spezielle Angebote, damit junge Menschen

bereits früh den ÖPNV als attraktive Alternative zum Auto kennenlernen und nutzen können. Diese Maßnahmen sind nicht nur ein wichtiger Baustein für soziale Gerechtigkeit, sondern auch Teil der Daseinsvorsorge.

### WIR MACHEN DRUCK: KLIMASTREIK UND VERKEHRSMINISTER\*INNENKONFERENZ

Am 20. September 2024 haben wir uns am globalen Klimastreik-beteiligt, um die Notwendigkeit einer klima- und sozial gerechten Mobilität zu unterstreichen. „Eine langfristige, preisstabile Finanzierung des Deutschlandtickets, ein bundesweit verfügbares Sozialticket sowie der Ausbau und Verbesserung des ÖPNV!“ lauten unsere drei zentralen Forderungen. Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Kerstin Ciesla betonte in ihrer Rede zu Beginn des Streiks: „Das Geld zur Finanzierung ist da. Es werden jährlich Summen in Milliardenhöhe in die Subventionierung klimaschädlicher Projekte, wie das Dienstwagenprivileg oder den Straßenausbau gesteckt. Den Anstieg des Ticketpreis gegen den ÖPNV-Ausbau auszuspielen ist eine Scheindebatte. Die Politik muss die nötigen Mittel für beides bereitstellen, anstatt die Kosten auf die Bürger:innen abzuwälzen.“

Nachdem im September, in einer zweistündigen Sonder-Verkehrsmi-nister\*innenkonferenz ein Preisanstieg des Tickets auf 58 Euro beschlossen wurde, war für uns klar: Jetzt braucht es erst recht ein bundesweites Sozialticket. Das Land NRW zählt zwar zu einigen wenigen Ländern, die ein solches Ticket finanzieren. Aber auch das Land NRW möchte im Jahr 2025 die Prei-

se für die Sozial- Schüler\*innen- und Studierendentickets drastisch erhöhen.

Um den politischen Druck zu erhöhen, haben wir am 9. Oktober vor der Verkehrsminister\*innenkonferenz demonstriert und unser Positionspapier an NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) überreicht. Bund und Länder müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, um den Erfolg des Tickets und damit der Verkehrswende zu sichern.

### DER VERKEHRSSSEKTOR MUSS LIEFERN

Der Verkehrssektor steht nach wie vor unter Druck, seinen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu leisten. Während in anderen Sektoren, wie der Industrie oder der Energieversorgung, die Emissionen gesenkt werden konnten, bleibt der Verkehr ein hartnäckiges Problem. Der Ausbau von Straßen und die Bevorzugung des Individualverkehrs verhindern Fortschritte beim Klimaschutz. Die Einführung des Deutschlandtickets ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es muss Teil einer umfassenderen Strategie sein, die eine echte Verkehrswende ermöglicht. Dazu gehören ein flächendeckender attraktiver Nahverkehr, die Anbindung an ländliche Regionen, sichere Radwege sowie bessere Bedingungen für den Fußverkehr.



#### Mehr zum Thema

[www.bund-nrw.de/zukunftsfaeihige-verkehrspolitik](http://www.bund-nrw.de/zukunftsfaeihige-verkehrspolitik)

Beim Klimastreik am 20. September in Düsseldorf demonstrierten wir zusammen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband für den Erhalt des 49-Euro-Tickets.



## HALDE LOHMANNSSHEIDE

# Umweltgefahr durch Deponie

## Breite Unterstützung für BUND-Klage gegen Deponie in Duisburg.

**Auf einer ehemaligen Duisburger Bergehalde in unmittelbarer Nachbarschaft zu Moers im Kreis Wesel soll eine Deponie für belastete mineralische Abfälle entstehen.**

Damit verbunden sind erhebliche Gefährdungen für das Grundwasser. Zahllose Anwohner\*innen würden über Jahrzehnte unter der Verkehrsbelastung und den Emissionen aus dem Deponiebetrieb leiden. Seit circa acht Jahren engagieren sich die BUND-Kreisgruppe Duisburg und die Ortsgruppe Moers gegen dieses Vorhaben. Nun wurde der Planfeststellungsbeschluss erteilt und der BUND hat Klage eingereicht.

Die Kritik des BUND an diesem Vorhaben resultiert aus der problematischen Vornutzung des Areals. Zunächst entstand hier eine Kiesgrube, in der über Jahrzehnte gefährliche und teilweise illegal Abfälle entsorgt wurden.

### AREAL IST NOCH IMMER SCHWER BELASTET

In den 1950er bis 1970er Jahren landeten weitere hochproblematische Abfälle, u.a. Klärschlämme in der Kiesgrube. Ohne Sanierung des Areals und ohne Abschluss dieser „Alt-Deponie“ wurde eine Bergehalde für Abfälle aus dem nahe gelegenen Steinkohlebergbau draufgesetzt aber nie bis zur geplanten Höhe aufgehaldet.

Die letzten 30 Jahre hat sich die Natur Stück für Stück das Gelände zurückerobert. Die problematische Vornutzung ist jedoch nicht ohne Folgen geblieben. Das Grundwasser ist mit



Auf dem Gelände der Halde Lohmannsheide soll die neue DK1-Deponie entstehen

Polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, Nitraten, Schwermetallen und vielem mehr belastet. Zudem liegt das Trinkwassergewinnungsgebiet „Binsheimer Feld“ wenige hundert Meter entfernt und nur mittels umfangreicher Pumpmaßnahmen wird verhindert, dass sich die belastete Grundwasserfahne dort hinbewegt.

Dass man auf mehrfach belastetem Grund nun weitere Belastungen draufpackt, ist ein veritabler Umweltskandal. Eigentlich wäre spätestens jetzt eine Sanierung erforderlich, bevor man hier eine Deponie errichtet. Die Planungen sehen dies aber nicht vor.

### EXPERT\*INNEN KRITISIEREN PLANUNGEN

Der BUND hat in einer umfangreichen Stellungnahme seine Bedenken dargelegt und diese detailliert ausgeführt. Außerdem haben nahezu 1500 Bürger\*innen, sowie die Städte Duisburg und Moers Einwendungen verfasst. So gut wie nichts ist davon berücksichtigt worden. Stattdessen erging mitten im Sommerloch ein Planfeststellungsbeschluss, sodass für weitere Prüfungen des Beschlusses kaum Zeit blieb.

Trotzdem haben sich die BUND-Gruppen Duisburg und Moers mit diesem Beschluss intensiv beschäftigt und eine rechtliche Expertise eingeholt. Diese ist nun Grundlage für eine Klage gegen das Vorhaben. Erfreulich ist aber eines: die breite Unterstützung der Bevölkerung. Es zeichnet sich eine hohe Bereitschaft ab, die Klage des BUND durch Spenden auf solide Füße zu stellen.



Mehr zum Thema

[www.bund-nrw.de/lohmannsheide](http://www.bund-nrw.de/lohmannsheide)

WILDKATZE

# Projekt erfolgreich

## Bilanz zum Abschluss des Projekts „Wildkatzen – Vorsicht Verwechslungsgefahr!“

Vor zwei Jahren startete das deutschlandweite Projekt „Wildkatzen - Vorsicht Verwechslungsgefahr!“ auch in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt klärte über die Europäische Wildkatze auf, um Verwechslungen mit Hauskatzen zu verhindern. Wir stärkten in NRW durch umfassende Bildungsarbeit, Exkursionen und Schulungen die Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema.

Dabei stand die umfassende Aufklärungsarbeit zu den Unterscheidungsmerkmalen von Haus- und Wildkatzen im Mittelpunkt. Verwechslungen sind eine echte Gefahr für Wildkatzen: Viel zu oft werden Wildkatzenjunge für ausgesetzte Hauskätzchen gehalten und aus dem Wald mitgenommen.

### PROJEKTERFOLG DURCH EHRENAMTLICHE

Gemeinsam mit 43 ehrenamtlich arbeitenden Wildkatzenbotschafter\*innen konnten wir mit über 40 Veröffentlichungen, Vorträgen, Schulungen, Informationsveranstaltungen und Exkursionen hier in NRW interessierte Menschen informieren. Bei speziellen Schulungen für Tierärzt\*innen und Tierarzhelfer\*innen beriet der BUND, teilweise zusammen mit der Wildtierstation Retscheider Hof aus Bad Honnef, zum Umgang mit gefundenen Wildkatzen.

Die Kooperation mit Wildtierauffangstationen lag uns besonders am Herzen. Sie übernehmen die aufwendige Betreuung von verletzten und fälschlich mitgenommenen Wildkatzen. Der BUND richtete ein Notfalltelefon im Wildkatzenort Hütscheroda ein. Es dient dazu, Nothilfe zu vermitteln, falls unklar ist, ob eine Wildkatze tatsächlich Hilfe braucht.

Um auf das Vorkommen der Art aufmerksam zu machen, brachte der BUND in NRW 16 Hinweisschilder in Regionen an, in denen Wildkatzen heimisch sind und produziert zusätzlich Aufklärungsvideos und eine Vielzahl an Informationsmaterialien. Sie zeigen die wichtigsten Unterschiede zwischen Wild- und Hauskatzen und helfen im Notfall die richtigen Schritte einzuleiten.

### DIE ARBEIT GEHT WEITER

Auch nach Projektende setzen wir die Aufklärungsarbeit fort.



Thomas Stephan / BUND

Dabei unterstützen auch die Wildkatzenbotschafter\*innen. So können wir landesweit zukünftig wichtige Informationen über das Verhalten dieser gefährdeten Art vermitteln. Dazu gibt es im Landesverband den Wildkatzenrucksack für die Umweltbildung und auch die Aktionspakete Wildkatze des Bundesverbands.



Mehr zum Thema

[www.bund-nrw.de/wildkatzen](http://www.bund-nrw.de/wildkatzen)



## TERMINE

Di. 12.11. 18:00 Uhr	Vortrag: "Heimliche Waldbewohner - Europäische Wildkatzen in NRW", Waldbröl
Di. 12.11. 18:00 Uhr	Workshop: "Natürlich Mobil - Wie geht naturschonender, inklusiver ÖPNV Ausbau?" Online via Zoom
Mi. 13.11. 19:00 Uhr	Vortrag: Der Wolf kehrt zurück - auch nach NRW, VHS Düren
Sa. 07.12. Ab 10 Uhr	Obstbaumschnittkurs – Altbäume Süßkirschen und Zwetschge Obstwiese, Weyermühle, Kürten
Sa. 17.01.	"Wir haben es satt"-Demo Berlin

Anmeldung und weitere Infos zu den Veranstaltungen sowie weitere Termine: [www.bund-nrw.de/termine](http://www.bund-nrw.de/termine)



## RHEINISCHES REVIER

# 76.000 gegen Hyperscaler

Wo heute noch Getreidefelder wogen, will der US-Tech-Gigant Microsoft gigantische Rechenzentren bauen. Dagegen wendet sich eine BUND-Petition, die große Unterstützung erfährt.



**DIRK JANSEN**

BUND NRW-Geschäftsleiter

**Bis zu vier Großrechenzentren will Microsoft im Rheinischen Revier bauen und dafür mehr als drei Milliarden Euro investieren. Der Flächenbedarf dieser so genannten Hyperscaler ist enorm. Dagegen richtet sich eine BUND-Petition.**

Mehr als 76.500 Menschen fordern inzwischen vom US-Konzern gemeinsam mit dem BUND eine umweltgerechtere Neuplanung. Microsoft betont zwar in jeder

Pressemitteilung, wie wichtig das Thema Nachhaltigkeit genommen werde, die Realität sieht aber anders aus. Für die im Raum Bedburg/Bergheim geplanten KI-Rechenzentren soll wertvolles Agrarland in riesige Gewerbegebiete verwandelt werden. Ein solcher Hyperscaler beansprucht eine Fläche so groß wie 27 Fußballfelder. Zudem ist vollkommen unklar, wie der hohe Energiebedarf durch grünen Strom gedeckt werden kann. Auch die Fragen, woher das Kühlwasser in der tagebaubedingt wasserarmen Region kommen soll und was mit der Abwärme geschieht, wurden bislang nicht beantwor-

tet. Der BUND hat die Unternehmensführung mit all diesen Fragen konfrontiert, ohne bislang allerdings eine Antwort bekommen zu haben.

## LANDESGEBIET GEFORDERT

Microsoft ist aber nur ein Beispiel für die Fehlentwicklungen beim Strukturwandel im Rheinischen Revier. Der Freiraumschutz und die Klimawandelanpassung spielen bei der Industriepolitik bislang kaum eine Rolle. Dabei könnten vorrangig diejenigen Flächen genutzt werden, die bereits für die Industrie erschlossen wurden oder in absehbarer Zeit durch den Kohleausstieg frei werden.

Der BUND sieht vor allem auch die Landesregierung in der Pflicht, die ausufernde Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“ zu stoppen.



D. Janßen, Mauvrière/Agrotech/Stock

## JETZT UNTERSCHREIBEN!

Zusammen mit der Kampagnenplattform WeAct werden wir die gesammelten Unterschriften zusammen mit unseren Forderungen an Microsoft übergeben. Noch ist es möglich, die Petition zu unterstützen:

- zur Petition: [www.bund-nrw.de/petition](http://www.bund-nrw.de/petition)
- Hintergründe: [www.bund-nrw.de/microsoft-petition](http://www.bund-nrw.de/microsoft-petition)

## KREIS GÜTERSLOH

# Illegaler Ausbau einer Reitanlage

## BUND-Kreisgruppe Gütersloh deckt Behörden-Schlafmützigkeit auf.

**Auf Hinweise durch Anwohner\*innen wurden BUND-Mitglieder aus dem Kreis Gütersloh aktiv: Eine Unternehmerin erweiterte mitten im Wald von Werther/Westf. illegal eine Reitanlage. Dabei hat sie massive Umweltschäden angerichtet. Die Kreisgruppe erwirkte einen Baustopp. Es folgten zwei Anzeigen.**

Hartmut Lüker aus der BUND-Kreisgruppe Gütersloh schüttelt fassungslos den Kopf. „Zuschütten von Biotopen, Rodung mit ungenehmigter Waldumwidmung, Flächenversiegelung, Zerstören einer Bachaue mit Biotopen und ein giftiger Weidezaun: Das Ganze geschah unter den

Augen der Stadt Werther, des Kreises Gütersloh und weiterer beteiligter Behörden.“ Die Betreiberin sei mindestens anderthalb Jahre lang aktiv gewesen. „Und alle Zuständigen wollen von nichts gewusst haben.“

### BUND STELLT ANZEIGE

Nach einer Ordnungswidrigkeitsanzeige durch den BUND-Landesvorstand stellte die BUND-Kreisgruppe Gütersloh eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld wegen möglicher Umweltstraftaten. Lüker ist sich sicher: „Es handelt sich um weitreichende Eingriffe in die Natur.“ Man-

ches, wie beispielsweise der zugeschüttete Teich mit all seinen Lebewesen, könne nie wieder in den Ausgangszustand versetzt werden. Er fügt hinzu: „Wie die Behörden und die Staatsanwaltschaft den Sachverhalt abschließend beurteilen ist offen. Die Mühlen mahlen langsam.“

### GIFTIGER ZAUN FESTGESTELLT

Bereits im Jahr 2023 waren Anwohner\*innen stinkende imprägnierte Holzteile für einen Weidezaun aufgefallen. Statt selbst ein Gutachten dazu anzustoßen, gab sich die Kreis-Umweltbehörde mit von der Bauherrin eingereichten Belegen zufrieden. Es hieß, alle aufgeführten Werte seien „unterhalb der zulässigen Grenze.“ Kreisgruppenmitglied Andrea Groß weiß jedoch: „Teeröl ist eine hochgiftige Substanz, die nach Austrag dauerhaft in der Umwelt verbleibt.“ Der Einsatz von damit imprägnierten Produkten sei seit Mai 2023 streng verboten. „Dieses Vertrauen in die Belege finden wir unangemessen. Wir legen dem Kreis Gütersloh die Beauftragung eines eigenen Gutachtens nahe.“

### HIN UND HER MIT DEN BEHÖRDEN

Die Kreisgruppe Gütersloh versucht derweil, durch eigene Recherchen und weitere Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz Licht in den trüben Fall zu bringen. Birgit Lutzer aus dem Kreisgruppenvorstand berichtet von einer Erfahrung, die viele BUND-Mitglieder im Umgang mit Behörden und bei UIG-Anfragen erleben: „Die Antworten lassen auf sich warten. Und oft kommen nur ein paar allgemein gehaltene Sätze zurück. Dann bohren wir weiter nach.“ Das Hin und Her der Fragen und Antworten sei zuweilen ein beidseitiger Zermüpfungsfeldzug. Lutzer: „Wir nehmen das als Ansporn und bleiben weiter dran.“

Sie kauen sich mit UIG-Anfragen und Recherchen durch einen schweren Fall: von links Andrea Groß, Hartmut Lüker und Birgit Lutzer.



Mehr zum Thema  
[www.bund-gt.de/](http://www.bund-gt.de/)

## 10 JAHRE BUND-ZENTRUM NATUROASE

Die BUND OG Soest/Welver nahm dieses Jubiläum zum Anlass um einzuladen. Im sommerlichen Umweltbildungs- und Naturerlebnispark, zentral in der Soester Innenstadt gelegen, wurde ein entspannter Tag in urbaner Wildnis zu verbracht.

Soester BUND-Aktive mit unterschiedlichen Schwerpunkten sowie die BUNDjugend präsentierten den mitfeiernden Gästen das komplette Bildungsangebot des kleinsten BUND-Zentrums.

Benachbarte und befreundete BUND-Gruppen aus Lörmecketal, Unna, Lippstadt und Hochsauerlandkreis sowie viele ortsansässige Besucher\*innen überbrachten ihre Glückwünsche und nahmen an den Aktions- und Bildungsangeboten teil. Artenkunde am Naturteich, Lebensweisen lokal rückkehrender Wildkatzen und Wölfe wurden ebenso vermittelt wie Kräuterkunde, Schnitzen und Schnüre herstellen oder auch Tipps für eine klimaschonende, suffiziente und nachhaltige Lebensgestaltung. Es wurde viel genetzt: Kooperationsanfragen von Schulen, lokalen Initiativen, Projekten und Vereinen bilden eine Grundlage für zukünftige Aktivitäten in der Naturoase.

Ein stimmungsvolles Livekonzert unter freiem Himmel im Naturgarten bildete am Sommerabend den krönenden Abschluss des Tages. Es war ein wundervoller Geburtstag in entspannter, fröhlicher Atmosphäre, der die Soester BUND-Aktiven bestärkt sich weiterhin ehrenamtlich für den Schutz der Erde in und für Soest mit vollem Herzen einzusetzen, damit zukünftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden werden.

Beim gemütlichen Zusammensein wfeiert der BUND 10 Jahre BUND-Zentrum Soest



Auf diesem Gelände soll das neue BUND Naturschutzzentrum in Bornheim entstehen.

## BUND NATURSCHUTZ-ZENTRUM IN BORNHEIM

**Einen großen Sprung nach vorne macht der BUND aktuell gemeinsam mit seiner Kölner Regionalgruppe und den dortigen Kreisgruppen. Mit dem Ankauf einer eigenen zentralen Immobilie sollen Umweltbildung, Biotoppflege und eine Wildvogelauffangstation gleichermaßen Platz finden.**

Zu dem neuen Standort in Bornheim im Rhein-Sieg-Kreis gehören ein voll unterkellertes Gebäude mit 360 qm Grundfläche, gut fünf Hektar Land sowie eine ehemalige, verfüllte Kiesgrube.

Das neue Naturschutzzentrum liegt direkt neben dem Naturschutzgebiet Herseler See und zugleich auch verkehrsgünstig zwischen den Städten Köln und Bonn. Die Erreichbarkeit speziell für Schulklassen, ehrenamtliche Unterstützung und Besucher\*innen ist durch die Anbindung an das überregionale Radwegenetz und den Bahnanschluss in der Nähe hervorragend.

Das Gebäude soll für die umliegenden Kreisgruppen eine Art Basisstation sein, über die Anhänger, Geräte und Werkzeug für die Biotoppflege zur Verfügung gestellt werden. Das umgebende Kerngrundstück von etwa 4.000 qm wird künftig Standort der BUND Wildvogelhilfe sein, die dann Vogel-Pflegefälle für das gesamte Rheinland aufnehmen kann.

Die Investitionen für Ankauf und Ausbau sind beachtlich. Wir bitten daher herzlich um Spenden, um das ehrgeizige Projekt zusätzlich zu der Förderung durch die Stöckmann-Stiftung und das Vogelschutz-Komitee voranzubringen.



### JETZT SPENDEN

IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00

Verwendungszweck: "Naturschutzzentrum Bornheim"

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de  
 • Redaktion und Gestaltung: Tim Dreyer, Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 0211-30 200 527, tim.dreyer@bund.net • Auflage: 23.760 • Druck und Versand: Evers-Druck GmbH, Meldorf • BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 31.12.2024. © BUND NRW e.V., 2024